

## Niederschrift

**über die 6. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am  
Mittwoch, 13.07.2011 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

### Vorsitz

Herr Hans-Werner Schneller    SPD

### stimmberechtigte Mitglieder gem § 4 IIa der Satzung für das Jugendamt

Frau Sabine Kittel	BA/CDf
Herr Dr. Stephan Lipski	CDU
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Frau Martina Reuter	FDP
Frau Gabriele Lewe	BA/CDf
Frau Anne Gronemeyer	Bündnis90/Die Grünen
Frau Angelica Niederquell	dUH

### Stimmberechtigte Mitglieder aus den Verbänden

Frau Gabriele Amthor	Kinderschutzbund
Herr Hans Delcuve	ev. Kinderheim e.V.
Frau Elisabeth Knebel	AWO
Frau Anne-Margarete Pütz	kath. Kirche
Herr Siegfried Wagner	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Carsten Wannhof	KJG

### Beratendes Mitglied nach § 58 I GO

Herr Friedhelm Burchartz    Freie Liberale

### Beratende Mitglieder

Frau Farah Ahdour	Jugendparlament
Herr Jens-Peter Kröger	Amtsgericht Langenfeld
Frau Maria Mrotzek	kath. Kirche
Frau Dagmar Potschien	Ferd.-Lieven-Schule
Herr Karl-Heinz Rädisch	Helmholtz-Gymnasium
Frau Kriminaloberkommissarin Ilka Steffens	Polizei

### Von der Verwaltung

Herr Beig. Reinhard Gatzke  
Frau Noosha Aubel  
Herr Ulrich Brakemeier  
Herr Roman Kaltenpoth  
Herr Dirk Schatte  
Herr Friedhelm Topp  
Frau Kirsten Max

### Beiräte

Frau Helga Bruch	Behindertenbeirat
Frau Hafssa El-Hasbouni	Integrationsrat

## **Tagesordnung:**

### **Eröffnung der Sitzung**

### **Änderungen zur Tagesordnung**

### **Einwohnerfragestunde**

- |   |                                                                                                                                                                                                                                      |                       |
|---|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|
| 1 | Befangenheitserklärungen                                                                                                                                                                                                             |                       |
| 2 | Jahresberichte der freien Träger                                                                                                                                                                                                     | WP 09-14 SV<br>51/136 |
| 3 | Kindergartenplanung der Kath. Kirche, hier: Vertrag zur Sonderfinanzierung der Kath. Kindertageseinrichtung "St. Elisabeth"                                                                                                          | WP 09-14 SV<br>51/122 |
| 4 | Verpflegungsgelder - Zuschuss Mittagstisch - Richtlinienaufhebung                                                                                                                                                                    | WP 09-14 SV<br>51/120 |
| 5 | Betreuung zukünftiger Schulkinder in den Sommerferien 2011                                                                                                                                                                           | WP 09-14 SV<br>51/121 |
| 6 | Projekt Passgenaue erzieherische Hilfen                                                                                                                                                                                              | WP 09-14 SV<br>51/132 |
| 7 | Prüfung Entlastung des Trägers Freizeitgemeinschaft für Behinderte und Nichtbehinderte e.V. - Übernahme des Abenteuerplatzes sowie der integrativen Kindertageseinrichtungen in städtische Trägerschaft- Antrag der SPD Ratsfraktion | WP 09-14 SV<br>51/134 |
| 8 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen                                                                                                                                                                                         |                       |
| 9 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen                                                                                                                                                                                              |                       |

Um 17:30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

### **Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung, sowie den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen

fest.

Er teilte mit, dass vor Änderung der Tagesordnung die Verpflichtung eines neuen Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses sowie einer Vertreterin im Jugendhilfeausschuss anstünde.

Sodann bat Herr Schneller Frau Farah Ahdour als neues beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss, benannt durch das Jugendparlament Hilden sowie Frau Maria Mrotzek als stellvertretendes Mitglied für Herrn Monsignore Hennes, nach vorne und verpflichtete die neuen Mitglieder.

### **Änderungen zur Tagesordnung**

Es gab keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

### **Einwohnerfragestunde**

Zur Einwohnerfragestunde gab es keine Wortmeldungen.

## **1 Befangenheitserklärungen**

---

Herr Schneller merkte an, dass sich die Befangenheitserklärung immer nur auf Beschlussvorlagen und nicht auf Mitteilungsvorlagen beziehe. Er wies darauf hin, dass heute einige Kenntnisnahmen auf der Tagesordnung stünden und machte insbesondere auf die SV 51/132 aufmerksam, bei der es im ersten Teil um eine Kenntnisnahme ginge, im 2. Absatz jedoch über einen Auftrag an die Verwaltung beschlossen werden müsse. Anschließend rief er den Tagesordnungspunkt Befangenheitserklärungen auf:

Frau Kittel erkundigte sich, ob sie bei dem Tagesordnungspunkt 7, Antrag der SPD-Fraktion zur Prüfung und Entlastung des Trägers Freizeitgemeinschaft für Behinderte und Nichtbehinderte e. V. als befangen gelte. Dies bestätigte der Vorsitzende, Herr Schneller.

Auch die Frage von Frau Pütz zu ihrer Befangenheit zum Tagesordnungspunkt 3, Kindergartenplanung der Katholischen Kirche bejahte der Vorsitzende. Die Frage von Herrn Wannhoff zu seiner Befangenheit zu diesem Tagesordnungspunkt verneinte Herr Schneller.

Somit ergab sich eine Befangenheit von Frau Kittel zu TOP 7 und Frau Pütz zu TOP 3.

Der Vorsitzende erläuterte kurz die Vorgehensweise zu diesem TOP. Er wolle die Berichte einzeln aufrufen und werde sich nach jedem Bericht nach Wortmeldungen zum aufgerufenen Bericht erkundigen.

1. Diakonisches Werk e. V. - SPFH

Frau Niederquell erkundigte sich, ob der Leistungsumfang so angenommen würde und wollte wissen, von wie vielen Teilnehmern die Gruppenangebote und Elterntrainings genutzt würden.

Herr Schatte führte aus, dass jeweils 6 bis 8 Teilnehmer an dem Elterntraining teilnahmen und die Erfahrungen gezeigt hätten, dass über dieses Angebot Familien erreicht werden könnten, die durch andere Angebote wie z. B. durch die VHS nicht erreicht werden könnten.

Zum qualitativen Leistungsumfang ergänzte er, dass hier ein niederschwelliges Gruppenangebot vorgehalten würde, das u. a. für Kinder in Krisen konzipiert sei.

Das Gruppenangebot der SPFH, führte Herr Schatte aus, sei eine große Erfolgsgeschichte. Das Angebot würde gut angenommen und stärke Familien in einer zielführenden Art und Weise.

2. SPE Mühle e. V. - Tagesgruppe

Zu diesem Punkt erfolgte keine Wortmeldung.

3. SPE Mühle e. V. – Suchtberatung

Frau Niederquell fragte nach, ob man die Ausgaben von 0,45 % für die Verwaltung nicht besser leistungsorientiert in das aktive Geschäft aufnehmen könne.

Herr Lutter, Geschäftsführer der SPE Mühle e. V., erläuterte hierzu, dass die Arbeit sehr intensive Berichtstätigkeiten umfasse, hinzu käme der gesamte Publikumsverkehr nebst Telefondienst. Dieser sei besonders wichtig, da Beratungsgespräche nicht unterbrochen werden könnten. Das Personal sei jetzt schon relativ eng bemessen, eine Kürzung sei bei dem großen Spektrum der Leistungen nicht möglich.

4. AG Wohlfahrt – Trennungs- und Scheidungsberatung

Hierzu erfolgte keine Wortmeldung.

5. DRK Familienbildungswerk – Internationales Müttercafe

Hierzu erfolgte keine Wortmeldung.

6. Kinderschutzbund Hilden

Hierzu erfolgte keine Wortmeldung.

7. Freizeitgemeinschaft für Behinderte und Nichtbehinderte e. V. - Abenteuerspielplatz

Frau Niederquell erkundigt sich, ob der Finanzbericht nachgereicht würde.

Herr Seume erläuterte, dass der Jahresabschluss zur aktuellen Entwicklung nur in vorläufiger Form vorläge und dieser deshalb aus dem Jahresbericht herausgenommen worden sei. Wann dieser in seiner endgültigen Form vorliege, sei derzeit noch nicht absehbar.

- 
8. Kirchengemeinde St. Jacobus – Jugendfreizeiteinrichtung St. Konrad  
Hierzu erfolgte keine Wortmeldung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Jahresberichte der freien Träger zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 
- 3 Kindergartenplanung der Kath. Kirche, hier: Vertrag zur Sonderfinanzierung der Kath. Kindertageseinrichtung "St. Elisabeth" WP 09-14 SV  
51/122
- 

Herr Beig. Gatzke wies darauf hin, dass eine geänderte Version des Vertrags im Vorfeld der Sitzung zugestellt worden sei. Er wolle sichergehen, dass alle Anwesenden die richtige Version erreicht habe. Er stellte klar, dass in den Sitzungsunterlagen für die Ratssitzung die richtigen Anhänge enthalten seien.

Herr Bosbach erklärte, dass die SPD-Fraktion zustimmen werde, wenn gesichert sei, dass die Kirche die Gruppenstruktur und Anzahl der Plätze beibehalten werde.

Herr Beig. Gatzke erläuterte, dass dies ausführlich mit dem Vorstand besprochen sei, dies könne der Anlage entnommen werden und die Verwaltung habe sich dies als Absicht bestätigen lassen. Die Laufzeit des Vertrages reiche jedoch nur bis zum Jahr 2013. Dieser Zeitraum sei überschaubar.

Herr Dr. Lipski führte aus, dass die CDU-Fraktion diesen Vertrag begrüße und akzeptiere. Darüber hinaus bedankte er sich bei allen Beteiligten, die für das Zustandekommen verantwortlich seien.

Frau Niederquell bemerkte, dass ihr aufgefallen sei, dass in der Neufassung ein Absatz „...Reparaturkosten bis 15.000,-- €...“ fehle.

Herr Beig. Gatzke erläuterte, dass dies ein wichtiger Punkt sei, der zu dieser Änderung geführt habe. Während des schwierigen und langwierigen Prozesses der Verhandlungen mit dem Erzbistum Köln und dem Pfarrverband sei diese gute Lösung entwickelt worden.

Es würde versucht, durch die Regelung mit dem Pfarrverband finanzielle Risiken einzugrenzen. Von daher sei auch der bisherige Absatz obsolet.

Durch dieses Vertragskonstrukt sei sicher gestellt, dass die Stiftungsgemeinschaft für Verpflichtungen im Eventualfall einspränge, auf der anderen Seite als Auswirkung aber eine Lösung vorgeschlagen würde, die akzeptabel sei. Er sei sicher, dass dieser Eventualfall nicht eintreten werde, da es sich lediglich um einen Zeitraum von 2 ½ Jahren handele.

Der Vorsitzende Herr Schneller wies abschließend darauf hin, dass der Träger für Instandhaltungsmaßnahmen zuständig sei und mit diesem Beschlussvorschlag die Ausnahme von der Regel beschlossen würde.

Frau Kittel bedankte sich für die ausführlichen Erläuterungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

---

Herr Burchartz verwies auf sein nicht vorhandenes Stimmrecht fügte aber hinzu, dass er, wenn er ein Stimmrecht hätte, diesem Beschluss zustimmen würde und bemerkte, dass, sollte sich die Kirche aus diesem Geschäft zurückziehen, auf die Stadt sehr hohe Kosten zukämen. Deshalb sei der Beschlussvorschlag so zu akzeptieren, wie er hier vorläge.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 13.07.2011 die Sonderfinanzierung einer Kindergartengruppe der Kath. Kindertageseinrichtung „St. Elisabeth“ gemäß dem vorliegenden Vertragsentwurfs.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

- 4      Verpflegungsgelder - Zuschuss Mittagstisch - Richtlinienaufhebung      WP 09-14 SV  
51/120
- 

Frau Kittel erkundigte sich bei Frau Aabel, wie die derzeitige Praxis aussähe und wie die neuen Regelungen angenommen würden.

Herr Bosbach stellte fest, dass ein bestehendes System durch eine neue Verfahrensweise ersetzt würde und fragte nach, wie sichergestellt würde, dass alle Anspruchsberechtigten in den Genuss der Leistungen kämen.

Frau Aabel führte aus, dass nach anfänglichen Startschwierigkeiten das Bildungs- und Teilhabepaket jetzt sehr stark im Hildener Stellwerk abgefragt werde. Für den Gesamtbereich Bildung und Teilhabe lägen aktuell etwa 260 Anträge vor. Dieser Umstand ist sicherlich auch in der Tatsache begründet, dass Hilden das Bildungs- und Teilhabepaket (exklusive der SGB II Berichtigten) im Hildener Familien- und Bildungsbüro Stellwerk verortet hätte. Dies wird rege von der Bevölkerung aufgesucht und hier erfolgt eine umfängliche Beratung zu den einzelnen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets.

In Sachen Mittagsverpflegung würden die Berechtigten über ein dezidiertes Anschreiben informiert werden. Es gäbe aber keinen Automatismus der Mittelgewährung wie etwa beim vorherigen städtischen Zuschuss.

Eine Schwierigkeit bestünde darin, dass nicht alle Eltern sofort einen Antrag stellen würden, obwohl sie berechtigt seien. Ein pauschaliertes Verfahren sei leider von Seiten des Bundes ausgeschlossen, es bedürfe eines Einzelantrages. Zudem gäbe es eine Grauzone von Fällen, die über ein geringes Einkommen verfügten, dieses aber nicht näher spezifiziert sei. Derzeit sei unklar, wie hier dieses Einkommen zu quantifizieren sei, damit dieser Personenkreis mitberücksichtigt werden könne. Man müsse und werde stark motivieren und animieren, Anträge zu stellen.

Herr Beig. Gatzke ergänzte, dass die bisher bestehenden Richtlinien, die der Ausschuss beschlossen hätte, wesentlich einfacher umzusetzen gewesen wären. Die Gewährung sei über die Einkommensüberprüfung erfolgt, so dass kein gesonderter Antrag notwendig gewesen sei. Bei der heutigen Entscheidung gehe es jedoch um eine hohe kommunale Einsparung. Daher könne man nichts anderes

---

als das Vorliegende vorschlagen. Man werde aber alles dafür tun, dass es dem Familien- und Bildungsbüro erfolgreich gelänge, möglichst viele Leistungsberechtigte zu erreichen.

Man könne sich heute nur gegenseitig zum Beschluss beglückwünschen, das Familien- und Bildungsbüro eingerichtet zu haben, so dass man dieses jetzt erfolgreich für diese Aufgabe nutzen könne.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 17.07.2011 die Aufhebung der Richtlinien für die Teilübernahme von Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen, Ganztagsangeboten offener oder gebundener Ganztagsschulen und nachschulischen Betreuungsformen zum 01.08.2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- |   |                                                            |                       |
|---|------------------------------------------------------------|-----------------------|
| 5 | Betreuung zukünftiger Schulkinder in den Sommerferien 2011 | WP 09-14 SV<br>51/121 |
|---|------------------------------------------------------------|-----------------------|
- 

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte keine weitere Wortmeldung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Regelungen des Fachamtes hinsichtlich der Betreuungsmöglichkeiten zukünftiger Schulkinder in den Sommerferien 2011 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss nahm diesen Tagesordnungspunkt zur Kenntnis.

- |   |                                         |                       |
|---|-----------------------------------------|-----------------------|
| 6 | Projekt Passgenaue erzieherische Hilfen | WP 09-14 SV<br>51/132 |
|---|-----------------------------------------|-----------------------|
- 

Der Vorsitzende, Herr Schneller führte aus, dass der Beschlussvorschlag hier im ersten Absatz eine Kenntnisnahme des Abschlussberichtes vorsähe und im 2. Absatz ein Beschluss erforderlich wäre.

Frau Niederquell bat um folgende Änderung des Beschlussvorschlages: „Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorliegen der Ergebnisse der externen Organisationsuntersuchung durch BSL, die Einführung der Instrumente zu prüfen und ein Umsetzungskonzept **gegebenenfalls** zu entwickeln“.

Hierzu erkundigte sich Herr Schneller nach der gewünschten Wirkung dieses Zusatzes, da die Verwaltung doch in einem ersten Schritt beauftragt werden müsste, ein Umsetzungskonzept zu erstellen, damit auf dieser Basis ein Beschluss hinsichtlich des weiteren Vorgehens erfolgen könne.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, daraufhin lies Herr Schneller über die Sitzungsvorlage abstimmen:

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Abschlussbericht des Institutes e/l/s zum Projekt Passgenaue erzieherische Hilfen im Bereich der Sozialen Dienste zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorliegen der Ergebnisse der externen Organisationsuntersuchung durch BSL, die Einführung der Instrumente zu prüfen und ein Umsetzungskonzept zu entwickeln.

### Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss nahm den 1. Absatz zur Kenntnis.

Sodann ließ der Vorsitzende über die gewünschte Änderung von Frau Niederquell, im 2. Absatz das Wort gegebenenfalls zu ergänzen, ab:

Diese Ergänzung wurde mit 14-Nein-Stimmen zu 1 Ja-Stimme (duH) mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend ließ der Vorsitzende über den Absatz 2 der Sitzungsvorlage beschließen:

Dieser wurde mit einer Stimmenthaltung (duH) einstimmig beschlossen.

- |   |                                                                                                                                                                                                                                           |                       |
|---|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|
| 7 | Prüfung Entlastung des Trägers Freizeitgemeinschaft für Behinderte und Nichtbehinderte e.V. - Übernahme des Abenteuerspielplatzes sowie der integrativen Kindertageseinrichtungen in städtische Trägerschaft- Antrag der SPD Ratsfraktion | WP 09-14 SV<br>51/134 |
|---|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|
- 

Hierzu führte Herr Bosbach aus, dass der Antrag als ausführliche Prüfung des gesamten Bereiches gedacht sei und nicht intendiert sei, einzelne Bereiche in Frage zu stellen. Weil auch einige andere Prüfungsaufträge anstünden, wolle man diese Aspekte ebenfalls geprüft und berücksichtigt wissen.

Frau Lewe teilte mit, dass ihre Fraktion nicht zustimmen werde, da man in der Übernahme des integrativen Kindergartens in eine städtische Trägerschaft keine finanzielle Entlastung erkennen könne. Ebenso sei der Abenteuerspielplatz zu 100 % aus städtischen Zuschüssen finanziert. Sie seien bewusst in die Trägerschaft der Freizeitgemeinschaft gegeben worden, da sich die Freizeitgemeinschaft in der Arbeit mit Behinderten etabliert habe.

Herr Burchartz erklärte, dass auch seine Fraktion keinen Sinn in diesem Antrag sähe, sie seien der Meinung, der Antrag solle nicht angenommen werden.

### Abstimmungsergebnis:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde mehrheitlich mit folgendem Stimmverhältnis beschlossen:

11 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme (BA /CDF)

2 Enthaltungen (Herr Delcuve / Frau Amthor)



### **Trennungs- und Scheidungsberatung:**

Im letzten JHA wurde der Beschluss des neuen Kontraktes bezüglich der Trennungs- und Scheidungsberatung mit der Einschränkung versehen, dass das Ergebnis der Untersuchung der Managementberatung BSL abzuwarten sei, zudem wurde der Beschluss mit einem HV6-Vermerk versehen.

Frau Aibel berichtete von einem Schreiben der AG Wohlfahrt in Sachen Trennung und Scheidungsberatung (siehe auch Jahresbericht). Im Schreiben führt die AG Wohlfahrt aus, dass sie sich in einer schwierigen Situation befinde, da der neue Kontrakt noch nicht beschlossen sei, das Arbeitsaufkommen aber das neu vereinbarte Kontraktvolumen erfordere.

Leider läge bis zum heutigen Tage noch kein Ergebnis der Unternehmensberatung vor, sodass erst im nächsten Ausschuss eine Beschlussfassung und die Aufhebung des HV6 erfolgen könne. Mit dem Vorsitzenden wurde auch die Option einer Sondersitzung erörtert, damit der Zeitlauf beschleunigt werden könne, um so schneller Planungssicherheit für die AG Wohlfahrt zu erreichen.

### **Kinderschutz und Sport**

Des Weiteren machte Frau Aibel auf die vorbildliche Arbeit im Bereich Kinderschutz und Sport aufmerksam. Hier sollen Vereinbarungen zum künftigen Verfahren beschlossen werden. Es habe bereits Gespräche mit dem SSV und mit den Vereinen gegeben. Am 13.09. werde es dann eine gemeinsame Veranstaltung mit den Vereinen geben, bei der die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet werde. Durch die Vereinbarung sollen zwei Bereiche sichergestellt werden:

1. Keine einschlägig Vorbestraften sollen in Sportvereinen direkten Kontakt zu Kinder und Jugendlichen erhalten können und
2. für den Fall, dass die Not eines Kindes im Verein offenbar wird, werden Regelungen über die weiteren Schritte getroffen, damit der Hilferuf nicht ungehört bleibt.

Damit sei ein weiterer wichtiger Schritt im Bereich des Kinderschutzes gelungen. An dieser Stelle wolle Frau Aibel sich gerne bei den Sportvereinen, die die Wichtigkeit des Vorhabens erkannt hätten, bedanken.

### **Kibiz Revision**

Frau Aibel machte auf einige Auswirkungen der Änderung des Kinderbildungsgesetzes aufmerksam.

Es würde vom Land beabsichtigt, das 3. Kindertagesstättenjahr beitragsfrei zu stellen. Es könne noch nicht abgeschätzt werden, was das für Hilden finanziell bedeuten würde.

Derzeit läge das Elternbeitragsaufkommen bei 16 %. Das Land hatte zwischenzeitlich eine Refinanzierungsquote von 19 % benannt. Wenn diese Regelung so käme, wäre dies günstig für Hilden.

Darüber hinaus gäbe es eine Änderung in den Investitionsrichtlinien. Im Nachtragshaushalt für den Ausbau Kitas stünde ein verringertes Budget zur Verfügung, so dass Gelder nicht entsprechend freigestellt werden könnten. Man wolle dieses Sonderprogramm aber nicht verfallen lassen. Aus diesem Grund müssten Träger finanzielle

---

Einbußen hinnehmen.

Frau Aibel wies zudem auf die Änderung des Schulgesetzes und die Auswirkungen für die Stadt Hilden hin. Die Vorverlegung bzw. der Stopp der weiteren Verlegung des Einschulungsdatums auf den 30.09. bedeute, dass weitere 40 bis 50 Plätze in den Kitas zur Sicherung des Rechtsanspruchs benötigt würden. Nach derzeitiger Planung bräuchte man ca. 1 bis zwei weitere Gruppen. Sobald Änderungen bekannt seien, erfolge eine Information im nächsten Ausschuss.

Die Kita St. Christopherus sei auf den Weg zum Familienzentrum führte Frau Aibel aus, jetzt sei seitens des Landesjugendamtes erklärt worden, dass die Projektförderung in diesem Jahr ausgesetzt werde. Der Beschluss bleibe jedoch bestehen, so dass sich St. Christopherus mit einem Jahr Verspätung im nächsten Jahr auf den Weg machen könne.

## 9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

---

Frau Lewe erkundigte sich, ob das Projekt Alkoholtstkäufe weiter liefen. Sie habe insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen und auf Sportplätzen festgestellt, dass Jugendliche Alkohol konsumierten.

Herr Kaltenpoth erklärte hierzu, dass die Testkäufe weiterliefen. Es seien 10 Aktionen nach den Sommerferien geplant. Er wies darauf hin, dass man für die Testkäufe Jugendliche bräuchte und deren Zeit nicht frei verfügbar wäre. Eine weitergehende Kontrolle wäre wenn überhaupt nur durch das Ordnungsamt zu leisten aber nicht über das Jugendamt.

Ende der Sitzung: 17:45 Uhr

Hans-Werner Schneller  
Vorsitzender

Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele  
Bürgermeister

Reinhard Gatzke  
Beigeordneter

